

## Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 9. Mai 1916.

### Kommunallandtag.

Der Kommunallandtag hielt gestern seine dritte öffentliche und abschließende Sitzung. Der Vorsitzende Geheimrat Hummer gab Kenntnis von einigen Eingängen und geschäftlichen Angelegenheiten und verlas ein Telegramm des Ministers des Innern, in dem die Genehmigung zu der Bürgerliste in Höhe von 1000 Mark für die Rhein-Mainische Lebensmittelstelle erteilt ist. Ein Antrag des Abgeordneten Graf (Frankfurt) und Geheime Rat wurde abgelehnt.

Der Kommunallandtag wolle beschließen, den Herrn Regierungspräsident als Staatskommissar zu ersuchen, dahin wirken zu lassen, daß das Ausfuhrverbot aus den Landesteilen Baden, Hessen und Württemberg nach Preußen sofort aufgehoben und es möglich gemacht werde, die Bevölkerung mit den vorhandenen notwendigen Lebensmitteln zu versorgen. Der Regierungspräsident v. Meißner teilt dazu mit, daß er diesen Antrag erachtet habe und bereits einen Bericht an den Minister eingereicht habe. Er hoffe, daß der Bericht den erwarteten Erfolg erzielen werde.

Es wurde dann in die Tagesordnung eingetreten. Abg. Graf (Frankfurt) berichtet über den Wahlausgang über den Wahl von Mitgliedern des Landesauschusses für die Wahljahre 1916/17. Er schlägt die Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden vor. An Stelle des verstorbenen Mitgliedes Dr. Fleischmann wurde für die Wahlzeit 1918/19 Dr. Boell (Frankfurt) vorgeschlagen und gewählt.

Der Beamten- und Eingabenausschuss berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses auf Änderung der Dienstordnung für die Beamten des Bezirksverbandes. Der Antrag des Landesauschusses wurde einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten berichtet Dr. Herberich. Es lag vor ein Antrag des Landesauschusses, Landrat v. Söcher habe einen Antrag gestellt auf Bewilligung von 3000 Mark für die Beschaffung von Licht für Vorträge im Interesse der Jugendpflege. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag zu unterstützen.

großzügigen Wirtschaftsplan für das kommende Erntejahr aufzustellen, der u. a. einen Verteilungsplan derart vorzulegen habe, daß die Massenkonsumartikel Speis, Getreide, Butter, Milch, Brot, Kartoffeln und Hülsenfrüchte von vornherein dem freien Handel entzogen würden. Deren Verteilung sei Sache der Gemeinden. Die Durchführung des Planes erfordere ungeheure Arbeit und eiserne Nerven, müsse aber im Interesse des Volkes erfolgen.

In der Besprechung verlangte Oberbürgermeister Troja (Marburg) einen einheitlichen Wirtschaftsplan für den Regierungsbezirk Kassel in der Kartoffel-, Getreide- und Futterversorgung. Bürgermeister Weigel (Groß-Almerode) übte scharfe Kritik an den Verteilungsstellen, welche die Gemeinden im Stiche ließen. Die Schuld läge in den Kaufmannsläden seiner Stadt seien total leer, und man möge bedenken, daß auch der kasselersteuere Staatsbürger vertrieben wird, wenn ihm täglich der Magen knurrt.

Beisitzer sahnte der Städtetag nicht, aber der Regierungspräsident Graf v. Bernstorff bekannte sich als Anhänger der Reichsliste. Nicht weniger als vier Referate wurden über die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Anstellung der Kriegsbeschädigten, die Förderung der Erwerbsfähigkeit der in die Heimat zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, die Unterhaltung des Handwerks nach dem Kriege gehalten. Referenten waren Landesrat Stöcker (Kassel), Stadtkommissar Göttinger (Kassel), Stadtkommissar Dr. Verensmann (Gießen) und Bürgermeister Brunner (Kassel). Alle vier betonten mit Nachdruck die Pflicht der Städte, neben Land und Staat für das Wohl der Kriegsbeschädigten und der heimkehrenden Kriegsteilnehmer nach Kräften zu sorgen.

In der Diskussion kam auch zum Ausdruck auf einen bescheidenen Städtetag, die Sozialdemokratie zu Wort, und zwar durch Genosse Stadtkommissar Hauschildt (Kassel). Er verlangte von den Städten, daß sie ihrer eigenen Kriegsbetroffenen Arbeitern und Angestellten die Militärrente bei der Lohn- und Gehaltsfestsetzung nicht anrechnen. Lohn und Gehalt seien nach der Vermögensfähigkeit festzusetzen. Den nicht erheblich Vermögenden sei der gleiche Lohn zu zahlen, wie jedem anderen Arbeiter oder Angestellten. In jedem Submissionsantrag hätten die Städte diese sozialen Forderungen als Bedingung für die Arbeitsvergabe aufzunehmen. Kein Ortsausflug der Kriegsbeschädigtenfürsorge, keine Veranlassung für die heimkehrenden Kriegsteilnehmer wurde erwähnt werden, ohne Arbeiter und Angestellte zu gleichen Teilen zur Mitarbeit heranzuziehen. Stadtkommissar Stöcker (Kassel) dankte für die Ausführungen. Die Forderungen der Kriegsbeschädigten für die Unterhaltung des Handwerks nach dem Kriege seien nicht zu unterschätzen. Die Städte hätten die Pflicht, die Kriegsbeschädigten für die Unterhaltung des Handwerks nach dem Kriege zu sorgen.

Das im allgemeinen ausgezeichnete Referat des Herrn Dr. Verensmann (Gießen) über die Förderung der Erwerbsfähigkeit der in die Heimat zurückkehrenden Kriegsteilnehmer befand sich auch mit der noch sehr viele Sorgen bereitenden Umschaltung unseres Wirtschaftslebens aus dem Kriegszustand in den Friedenszustand. Herr Verensmann gebührt nicht zu den Optimisten, die Arbeit in Halle und Halle wägen, sobald die Friedensglocken erklingen werden. Eine schwere Übergangszeit werde kommen. Nicht alle Arbeiter würden sofort wieder untergebracht werden können. Aber wie sie wieder einfinden? Das sei die große Sorge. Infolgedessen werde die Militärverwaltung bei der Demobilisierung sehr gewissenhaft verfahren und sich wirtschaftliche Grundzüge zur Rücksicht nehmen müssen.

Der Städtetag schloß mit dem Scheitern eines von dem Kasseler Handelskammervorsitzenden Zimmermann unternommenen Versuches, die Städte im Regierungsbezirk Kassel auf die fast völlige Ausschaltung des freien Wettbewerbs bei Vergabe von Aufträgen in einzelnen oder mehreren Losen an Handwerksmeister festzusetzen. Zimmermann wollte freihändige Vergabe, wobei in erster Linie aus dem Kriege heimkehrende Handwerker berücksichtigt werden sollten. Oberbürgermeister Koch (Kassel) protestierte. Das gesamte Handwerk habe unter dem Kriege schwer gelitten, also seien auch alle zu den häßlichen Arbeiten heranzuziehen. Den Standpunkt machte der Städtetag zu seinem eigenen.

Höchst, 9. Mai. (Die städtische Wurst eigener Herstellung). In den letzten Tagen hier zum erstenmal zum Verkauf kam, hat allgemeinen Anklang gefunden. Namentlich die Wurstwurste wurde mit Vorliebe gekauft. In der Volksküche gab es gestern städtische Wurstsuppe, die ebenfalls gern gegessen wurde. (Verbraucht.) Ein vierköpfiges Bübchen des Neugasse 18 wohnhaften Arbeiters Kessler fiel gestern früh in einen Ruber, der heiße Lauge enthielt. Das bedenklich verbrühte Kind wurde ins Krankenhaus verbracht. Sein Zustand hat sich erfreulicherweise etwas gebessert.

Höchst, 9. Mai. (Arbeiterjugend). Die Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ von Höchst und Solmsheim werden auf morgen Mittwoch den 10. Mai, abends Punkt 8 Uhr, nach der Breuerischen Kantine, Homburger Straße in Höchst, zu einem gemeinsamen Spielabend eingeladen. Nicht allein alle Jugendlichen, auch die Arbeiterkinder der oben benannten Orte werden gebeten, an diesem Abend zu erscheinen.

Wiesbaden, 8. Mai. (Geschmuggelte Fleischwaren). Dieser Tage kam unter der Adresse eines hiesigen Herrn ein mächtiges Pak an. „Wein“ stand in großen Buchstaben darauf. Verschiedene Umstände mochten aber die Bezeichnung äußerlich verdächtig. Der Spund wurde herausgenommen, und da enthüllten sich den Frachtführern und den Beamten die schönsten Schinken und Würste. Die Sendung wurde, wie das „Tagbl.“ bemerkt, beschlagnahmt.

Gannau, 9. Mai. (Strafkammer). Der Reisende Johann Roser, der Vertreter eines Mannheimer Hauses ist, ließ sich einige Tage Urlaub geben, um angeblich seinen schwer kranken Vater in der Schweiz zu besuchen. Statt nach der Schweiz, fuhr er aber hierher und kaufte bei Gebr. Courbin für 2000 Mark Bijouteriewaren auf Rechnung seiner Firma. Durch telefonischen Anruf in Mannheim wurde indessen der Schwindler rechtzeitig aufgefaßt. Roser erhielt von der Strafkammer wegen versuchten Betrugs 2 Monate Gefängnis. — Einen dummen Streich beging der Reisende Robert Kahn aus Mittelfran, um eine Maschine loszuschlagen. Kahn hatte einem Landwirt in Oberndorf eine landwirtschaftliche Maschine im Werte von 100 Mark angeboten. Der Landwirt erklärte aber, die Maschine nur kaufen zu wollen, wenn sein Nachbar auch eine Kaufe. Der Nachbar brachte kurz darauf dem Landwirt die von ihm gefälschte Unterschrift des Nachbarn und wurde nun wirklich die Maschine los. Die Strafkammer erkannte gegen ihn wegen Urkundenfälschung auf 8 Monate Gefängnis.

Gannau, 9. Mai. (Unglücksfall). Schwer verletzt wurde am vergangenen Freitag nachmittag der Hülfsrentenführer Ruch aus Riedertodenbach. Beim Ueberfahren der Geleise an der Haltestelle Pulverfabrik erlitt er die Lokomotive eines Güterzuges. Man brachte den Bedauernswerten nach dem St. Vincenz-Krankenhaus, wo er an den erlittenen Verletzungen gestorben ist.

Gannau, 9. Mai. (Die nächste Stadtverordneten-Sitzung) findet Donnerstag den 11. Mai, nachmittags 5 Uhr, statt. — Von der städtischen Lebensmittelversorgung. Endlich hat die Stadt ein Quantum Eier erhalten, die sie in den städtischen Verkaufsstellen zum Preise von 15 Pfennig das Stück gegen Vorzeigung des roten Lebensmittelausweises abgibt. — („Chrentafel“.) Wegen übermäßiger Preissteigerung wurde die Händlerin Elisabeth Rein We. aus Griesheim mit einem rechtskräftigen Strafbefehl auf 50 Mark Geldstrafe bezw. 10 Tagen Gefängnis, sowie Tragung der Kosten bedacht.

Mühlheim a. M., 8. Mai. (Schlechtes Speiseöl). Bei der hier wohnhaften Firma A. Brunn & Co. wurde im Auftrage des Kreisamts durch die Polizei eine Menge Speiseöl beschlagnahmt, das einen hohen Prozentsatz Wasser enthalten soll.

Offenbach a. M., 8. Mai. (Brand). In der Baustelle der Rumpenheimer Schleuse brach gestern früh nach 5 Uhr aus noch nicht festgestellter Ursache ein Schadenfeuer aus, dem ein Teil der Holzverschalungen der Schleusanlage und der Lagerhäuser zum Opfer fiel. Der Schaden, der sich aus verbrannten Geraden, Holzbohlen und Säulen, sowie aus durch Wasser verdorbenen Zement zusammensetzt, scheint ziemlich beträchtlich zu sein.

Aus Hessen, 8. Mai. (Ein bedenklicher Beschluß). Die Schulabteilung des Ministeriums hat, unter Ablehnung eines aus landwirtschaftlichen Kreisen gestellten Antrags, den Schulunterricht in den Landgemeinden Hessens während der Sommermonate ganz ausfallen zu lassen, die Schulvorschriften ermächtigt, bei vorliegendem Bedürfnis ältere Schulkinder als Gehilfen im landwirtschaftlichen Betriebe ihrer Eltern auf kürzere Zeit vom Unterricht ganz zu befreien. Die Befreiung zum Zwecke der Beschäftigung in fremden landwirtschaftlichen Betrieben ist nicht zulässig.

Darmstadt, 9. Mai. (Fahrlässige Tötung). Leichtsinnesiges Umgehen mit einem Revolver brachte gestern den noch jugendlichen Eisenbahner Emil Brechm aus Rumpenheim mit seinem Freunde, dem Schlosser Friedrich Hill daselbst, wegen fahrlässiger Tötung auf die Anklagebank der Strafkammer. Hill zeigte dem Brechm einen Revolver. Brechm spielte damit, der Schuß ging los und traf einen in der Nähe befindlichen Anaben, dessen Tod sofort eintrat. Brechm wurde wegen fahrlässiger Tötung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Hill aber freigesprochen.

Marburg, 8. Mai. (Raubversuch). Das Schwurgericht verhandelte heute gegen den 50 Jahre alten, schon vielfach vorbestraften Korbmacher Johannes Sauerwald aus Göttingen bei Marburg und den 24 Jahre alten Maurer Friedrich Schid von hier, die im November d. J. zur Nachtzeit in Himmelsberg bei zwei alten Leuten namens Voland einen Raubversuch machten. Sauerwald wurde zu vier Jahren und Schid zu drei Jahren Zuchthaus und entsprechendem Ehrverlust verurteilt.

## Aus Frankfurt a. M.

### Zur Bekämpfung der Fleischnot

hat die sozialdemokratische Fraktion bei der Stadtverordneten-Versammlung folgenden Antrag eingebracht:

Die Unterzeichneten beantragen:

1. die Reichsregierung erneut auf die bedenklichen Wirkungen der Ausfuhrverbote von Vieh, Fleisch, Fleischwaren und anderen Lebensmitteln aus Hessen, Bayern und Württemberg nach Preußen aufmerksam zu machen und sie zu veranlassen, daß diese Verbote aufgehoben werden;
2. bei der Reichsfleischstelle vorstellig zu werden, damit Frankfurt besser mit Fleisch versorgt wird;
3. unverzüglich nach dem Muster anderer Städte und Staaten (Hessen, Bayern, Baden) die Fleischkarte einzuführen und die vorhandenen und zu erwartenden Fleischmengen und Fleischwaren zu rationieren, und zwar unter Anrechnung der in den Haushaltungen befindlichen Vorräte;
4. zu diesem Zweck eine Bestandsaufnahme sowohl der Vorräte bei den Metzgeren, wie auch in den privaten Haushalten vorzunehmen;
5. ein Verbot der Zustellung von Fleisch in den privaten Haushalten und Wirtschaftsbetrieben zu veranlassen;
6. die Abschichtung des gesamten in die Stadt gelangenden Viehes durch die Stadt herbeizuführen und das Fleisch und Fett unter genauer Kontrolle durch die Preisprüfstellen durch von der Stadt bestimmte Metzger gegen Ausweis von Fleischkarten verkaufen zu lassen;
7. die Herstellung der Wurst auf drei Sorten zu beschränken und diese Wurst nach genau der gleichen Art gegen Ausweisarten zum Verkauf bringen zu lassen.

### Frankfurt und die hessischen Wildbret-Ausfuhrverbote.

Frankfurter Jäger aus hessischen Jagden unterhielten sich gestern abend in der „Hauptwache“ über die vorläufigen Ausfuhrverbote von Wildbret aus Hessen und Bayern. Die hessische Regierung bedroht die Jagdpächter mit Gefängnis und hohen Geldstrafen, wenn sie von ihrem Jagdrecht Gebrauch machen und das geschossene Wild ausführen. Da Hessen aber allein 40 Prozent aller nach Frankfurt eingeführten Wildbretstücke stellt und Wild augenblicklich die billigste Fleischration darstellt, hat man offensichtlich ein großes Interesse in Frankfurt an der Einfuhr von Wild. Der Meinung sind auch die Jagdpächter. Anders denkt aber, wie man gestern in der Versammlung hörte, Bürgermeister Luppe über die Sache. Denn als ihn einer der Jagdpächter ersuchte, Schritte zur Aufhebung des Verbots zu unternehmen, war ihm von dem Vorhandensein einer solchen Bestimmung überhaupt nichts bekannt. Er war auch der Ansicht, daß Wild für Frankfurt als Nahrungsmittel überhaupt nicht in Frage komme; selbst als man ihm sagte, daß weit über 100 000 Hufen jährlich nach Frankfurt kämen, und argenteiliges Wild weit billiger als Fleisch sei, entgegnete er ganz teilnahmslos, daß darin nichts zu machen sei und Schritte zur Verbotsaufhebung erfolglos seien.

Wie man das Verbot aufheben will, darüber gingen die Meinungen recht auseinander. Bei Versuchen dazu wurden die einzelnen Pächter von Kommissar zu Kommissar geführt, dem hessischen

### Vereine und Versammlungen.

Wiesbaden, 9. Mai. (Freundschaft). Dienstag Probe für Männer-Freundschaft.

### Aus den umliegenden Kreisen.

#### Kriegsprobleme vor dem hessisch-walddeckischen Städtetag.

Wit außerordentlich wichtigen Fragen befaßte sich der am Samstag Kassel abgehaltene 26. hessisch-walddeckische Städtetag, dem Bürgermeister Antoni (Hulda) präsidierte.

Über die Lebensmittelversorgung referierte Oberbürgermeister Koch (Kassel), der von Vollziehungsmaßnahmen, Verordnungen auf Verordnungen kein Freund ist, sondern der Arbeit auf den Gebieten der Lebensmittelbeschaffung, Erzeugung und Verteilung den Vorrang gibt. Man solle den Ratman nicht ins Auge sehen, nichts beschönigen, sondern dem Volke zeigen, daß in den den notwendigen Bedarfsartikeln Knappheit vorhanden ist. Bei der Beschaffung der Güter müsse die Organisation von unten auf erfolgen: Kreis, Bezirk, Provinz, unmittelbar die Verträge zwischen Lieferant und Bedarf. Nicht zu vergessen seien die Ausfuhrverbote einzelner Bezirke, Provinzen oder Staaten. Wie Preußen, so müßten alle Einzelstaaten diese geschilderten Ausfuhrverbote preisgeben. Von Fleischkarten verabschiedete Oberbürgermeister Koch sich deshalb nicht, weil ungeachtet dem Fleischmangel auf die Einzelfamilien entfallenden kleinen Beträgen die kleinen und Arbeiter nicht das Fleisch erhalten, welchem sie das so notwendige Geld gewinnen können. Im Jahre der arbeitenden Massen liege die Beschaffung allen und aller Hand, die den Gemeinden zur Verfügung stehen und von diesen zu billigen Preisen gleichmäßig zu verteilen. Notwendig sei es, schon jetzt einen wachsenden

Ministerium zur Reichsleischstelle in Berlin, von hier an die Landesleischstelle, schließlich hieße man, daß die Aufhebung eine landesstaatliche Sache sei und hier durchgeführt werden müsse. Geringfügig könne gegen das Verbot nicht Sturm gelaufen werden, da zurzeit der Kriegszustand regiere, auch die Verweigerung der Pachtgelder führe zu keinem Ziel.

Die Debatte forderte noch einige interessante Einzelheiten zu Tage. So erzählte ein Wildhändler, daß das Pfund Wildbret im Einkauf 70 Pfennig koste, Wild sei aber nirgends aufzutreiben, wenn mal etwas käme, wüßte es gleich in die großen Hotels. Dr. Doehner stellte unter lebhaftem Beifall fest, daß sich in der Frage der Nahrungsmittelversorgung die Stadt Frankfurt unter allen deutschen Städten am unbeholfensten und langweiligsten benommen habe und noch benehme. Dr. Luppe solle man nicht mehr belästigen, sondern diesmal einen Versuch beim Oberbürgermeister selbst machen, damit er die nötigen Schritte unternehme zur Herbeiführung des Ausfuhrverbots. Und so beschloß man. Dabei aber ein Votum — leider konnten wir dessen Name nicht feststellen — aus seinem Herzen keine Mordgrube machte und für die „Audiens“ beim „Ober“ forderte, dieser solle doch, wenn weiter nichts zu erreichen wäre, wenigstens für die Jagdpächter selbst die Freigabe elischer Wäde usw. erwirken. (Es wohl nicht noch 90 Prozent von den Anwesenden ebenso dachten?) Um aber dieses egoistische Oidium nicht auf sich sitzen zu lassen, entgegnete man dem aufrechten Weidmann, man solle doch jetzt der Allgemeinheit auch dienen. Und so beauftragte man den Vorstand mit der Abfassung einer Anzahl Eingaben an die bestmögliche Regierung, die Landesleischstellen, das Generalkommando um Aufhebung des Wildbretausfuhrverbots. Ob's was helfen wird, bezweifeln wir. Und wenn's gelingt, dann kommt die Genehmigung bei dem langjamten Gang der einzelnen landesstaatlichen Amtsschimmel erst dann, wenn die Schanzzeit wieder begonnen hat. Hoffen wir's beste, die Hoffnung auf einen billigen Wildbret in Frankfurt dürfte aber — hoffnungslos sein.

### Das Friedrichsheim in Niederrad.

Für Samstag, 6. Mai, hatte der Bezirksverein Sachsenhausen zu einer Besichtigung des Friedrichsheimes in Niederrad eingeladen, die für die Teilnehmer durch die Führung seitens des Chefarztes des Heimes, Prof. Dr. Ludloff, außerordentlich viel Belehrung bot.

Einleitend gab Prof. Ludloff einen kurzen Überblick über die Einrichtung des Heimes und seine Geschichte. Der Verein für Krüppelversorge habe das Heim errichtet, um jungen Krüppeln eine dem Stande der Heilfunde entsprechende Behandlung angedeihen zu lassen, daneben ihnen aber auch durch geeignete Lehrkräfte eine entsprechende Erziehung zu geben. Da es sich nicht darum handeln könne, die ungeheure Zahl der Krüppel dauernd in Heimen unterzubringen, sei die erste Aufgabe des Heimes, eine Entkrüppelung in die Wege zu leiten und — soweit dies überhaupt möglich — bei den Krüppeln durch geeignete Behandlung (operative Eingriffe, mediko-mechanische Behandlung usw.) Arbeitsfähigkeit hervorzurufen bzw. diese zu steigern.

Nach wichtiger sei die andere Aufgabe der Prophylaxe, der Verhütung der Verkrüppelung vor allem durch rechtzeitige Behandlung sich bildender Deformitäten. Da sei es in erster Linie von Bedeutung, Ärzte und Eltern darüber aufzuklären, was einerseits aus der Anlage zu einer Deformität im Laufe der Zeit werden könne, und wie solche Anlagen andererseits bei rechtzeitigem Eingriff unter Umständen völlig beseitigt werden können, wie z. B. die Anlage zum Klumpfuß bei raschem operativen Eingriff schnell zu heilen sei.

Somit in Hand damit gehe die weitere Aufgabe der Erforschung der Entstehungsurachen dieser Krankheiten und Mißbildungen, und der Unterrichtung der Studierenden der Heilkunde, wie die Prophylaxe am besten in die Wege zu leiten sei. Diese Aufgabe könne allerdings nur in Verbindung mit der medizinischen Fakultät der Universität gelöst werden, und zu diesem Zwecke sei ja auch die Anstalt der hiesigen Universität angegliedert.

Das Friedrichsheim sollte ja zuerst nach Wiesbaden kommen, wo man aber keine Unterbringung aus nicht gerade zu stark entwickelten sozialen Verhältnissen abgelehnt habe; auf diese Weise sei es in Frankfurt entstanden, wo es — dank auch der Hilfe von Dr. Gallgarten — in musterpfichtiger Weise ausgehant worden sei. Für die Erhaltung und den Betrieb des Heimes sei der Verein auf die Beiträge seiner Mitglieder, sowie auf die kleinen staatlichen Zuschüsse in Gestalt der Bezahlung einer Reihe von Freibetten angewiesen. Durch alle diesbezüglichen Berechnungen habe aber der Krieg einen Strich gemacht, der für das Heim einen großen Verlust bedeute. Der größte Teil des eben erst fertiggestellten Gebäudes (da und dort besteht noch heute ein Provisorium!) mußte dem Militär kostenlos zur Verfügung gestellt werden; und in der Verwundetenfürsorge haben sich alle seine Einrichtungen aufs vortrefflichste bewährt. Neben Frischverwundeten fanden vor allem aus den Lazaretten des Armeekorps die dauernd Kriegsschädigten (Kriegskrüppel) Aufnahme. Neben soll das Institut durch operative Eingriffe, durch mediko-mechanische Behandlung, durch im Institut hergestellte künstliche Gliedmaßen (Prothesen) und Unterweisung in ihrem Gebrauch möglichst ihre Arbeitsfähigkeit wieder hergestellt werden. Und diese Kriegs-Arbeit wird das Institut wenigstens teilweise noch lange nach Beendigung des Krieges in Anspruch nehmen.

An diese Aufgabe, die in die Aufforderung zur Erwerbung der Mitgliedschaft im Verein ausklang, schloß sich ein Rundgang durch das Gebäude, wobei neben einigen Verwundeten mit ihren vorzüglichen Einrichtungen, ihren Sonnen-Balkons (die Sonnenbestrahlung spielt in der Behandlung der Verkrüppelung eine große Rolle!), vor allem die Räumlichkeiten mit den mediko-mechanischen Apparaten, der Operationsaal und die Werkstätten für Herstellung der künstlichen Gliedmaßen (vom Gipsabguss des amputierten oder verkrüppelten Gliedes angefangen, bis zum fertigen, dem individuellen Fall sorgfältig angepaßten Glied) beschäftigt wurden. Am Montagenzimmer gab dann noch die Vorführung einer Reihe von Röntgen-Aufnahmen von Verkrüppelten vor und nach ihrer Behandlung ein Bild von der erstaunlichen Leistungsfähigkeit dieses Zweiges der Medizin, der orthopädischen Chirurgie, der Einheilung von Knochen-Ersatzstücken u. dgl.

Wie bei so manchem anderen muß man sich auch angesichts dieses Heimes, seiner Einrichtungen und seiner Leistungen die Frage vorlegen, wie es denn möglich ist, daß der Staat die Lösung einer derartigen Aufgabe im arroken Gange der privaten Tätigkeit überläßt. Statt solche Institute aus öffentlichen Mitteln zu errichten und sie so ausreichend zu dotieren, daß sie auch ihrer Erforungs-Aufgabe in weitestem Umfange gerecht werden können. Ob aber die Dienste, die sie während des Krieges geleistet haben, eine Änderung darin bewirken werden, steht fraglich zu bezweifeln.

Die Mörder des Privatiers Haymann ermittelt. Als Mörder des am Freitagabend in seiner Wohnung ermordeten Privatmannes Ernst Haymann, Schöne Aussicht 14, verhaftete die Frankfurter Polizei heute früh die beiden 17- und 18-jährigen Burischen Kirchner und Münzer. Kirchner ist bereits geständig. Beide wurden bei einem Einbruch in die Haymannsche Wohnung von Haymann überrascht, den sie dann niederschlugen und erwürgten. Münzer ist der Neffe der langjährigen Haushälterin des Ermordeten. Kirchner begab sich nach der Tat auf die Polizei und ließ sich dort wegen einer angeblich begangenen anderen Straftat festnehmen. Münzer wurde in seiner Wohnung verhaftet.

Die Frankfurter Fleischversorgung vom grünen Tisch aus. Wie wenig man in der Reichsleischstelle über die tatsächlichen Verhältnisse unterrichtet ist, geht aus den Viehschlachtungen hervor, die man Frankfurt eingeräumt hat. Daran dürfen hier in dem Vierteljahr April bis Juni geschlachtet werden: an Großvieh 5337 oder wöchentlich 410 Stück, Rälber 9346 oder wöchentlich 718 Stück, Schafe 1748 oder wöchentlich 134 Stück und Schweine 17565 oder wöchentlich 1351 Stück. Die Kontrolle mußte wissen, daß in den letzten sechs Monaten die für Frankfurt zugelassenen Schlachtungen nicht entfernt erreicht worden sind; sie gestattet aber großmütig, daß mehr Vieh geschlachtet werden darf, wenn das ist. Das erinnert an die Reiterische Erzählung, Rindfleisch und Blausäure ist ein sehr gutes Essen, wenn man — hat. So auch mit den Schlachtungen. Die Viehhändlerverbände, denen die Beschaffung des Schlachtviehs obliegt, haben sich dazu noch nicht leistungsfähig erwiesen. Zur Enteignung und Verteilung des Fleisches durch Karten löst sich die Regierung nicht herbei. Das Volk hört deshalb die Volkswirtschaft wohl, ihm fehlt jedoch der Glaube.

Fleischverkauf unter polizeilicher Kontrolle. Bei dem Wurstwarenhandeler Otto Kiede in der Goethestraße gab es gestern eine unangenehme Nebenwirkung. Verschiedenen Frauen war es aufgefallen, daß Kiede mehrere Schweine zum Verkauf erhalten hatte; als sie aber Fleisch haben wollten, war keines da, dagegen wurde ihnen aus der Haustüre herauskommen und Pakete fortgetragen. Kurz entschlossen ging die eine von den Frauen daraufhin zur Polizei und machte dieser Mitteilung von ihrer Wahrnehmung. Die Polizei fand denn auch größere Mengen frisches Schweinefleisch, das nun Herr Kiede unter ihren Augen sofort verkaufen mußte. Unter den Arbeiterfrauen herrschte darüber nicht wenig Freude. Herr Kiede hat bisher nur Thüringer und Braunschweiger Fleisch- und Wurstwaren verkauft, und zwar zu sehr hohen Preisen. Schweinefleisch z. B. das Pfund zu 5.50 Mark. Seine Rundschaff war in der Lage, solche Preise zu bezahlen. Bei der Fleischknappheit nimmt sie auch mit frischem Schweinefleisch vorlieb, das man früher gern dem gewöhnlichen Volk überließ. Man hatte ja Schinken und andere bessere Sachen genug. Herr Kiede machte auch gar kein Hehl daraus, daß das Fleisch für seine Rundschaff reserviert sei, weil ja die Arbeiterfrauen sonst auch nicht in seinen Laden gekommen seien. Natürlich, bei den gesunkenen Preisen. Wie sehr Herr Kiede auf seine bessere Rundschaff bedacht war, erhellt aus der Tatsache, daß man eine ganze Anzahl fertiggemachter Beistellungen vorband, die nun an die Frauen im Laden verkauft wurden. Für eine Familie war ein Fleischstück reserviert, das über 80 Mark kostete. Die betreffende Familie wird nicht wenig überrascht gewesen sein, als sie ein wesentlich kleineres Stück Fleisch erhielt. Im übrigen ist durch diesen polizeilichen Eingriff einmal der strikte Beweis erbracht, daß auch hier der Regler sehr vorzuziehen ist. Von der städtischen Preisprüfstelle wurde das nämlich bisher immer bestritten. Da das Gewerbe und Verkehrsamt eine zu große Rücksicht auf die Regler und ähnliche Interessenten nimmt, können wir allen Hausfrauen nur auf das dringendste empfehlen, sich sofort an die Polizei zu wenden, wenn sie Warenentnahmen machen, die auf eine Hintanhaltung von Fleisch oder Fett oder Wurstwaren hinauslaufen.

Zur Regelung des Schweinefleischverkaufs erläßt das städtische Gewerbe- und Verkehrsamt im Interesse einer amtlichen Bekanntmachung, auf die wir besonders aufmerksam machen.

Ausschuss für Volksvorlesungen. Mittwoch 8 1/2 Uhr findet in der Stadthalle als 72. Volksvorlesung eine Wiederholung des Orchesterkonzertes von voriger Woche statt (Konzert für Streichorchester von Vivaldi, Serenade für Streichorchester von Hoffmann und Klavierkonzert von Beethoven). Als Solisten wirken mit Fraulein Maria Hermann (Arie aus Faubert's „Rosina“ und Lieder von Schumann) und Herr Hermann Reiper (Gellofeli von Schubert und Gabriel-Marie).

Konzertfahrt der „Union“. Zur Veranstaltung eines Konzerts in der Aupartheider Heilstätte macht der gemischte Chor der „Union“ am nächsten Sonntag einen Ausflug in den Taunus. Die Abfahrt erfolgt mittags 7 Uhr 30 Min. vom Hauptbahnhof nach Cronberg. Passende Mitglieder wollen sich dem Ausflug anschließen.

### Neues aus aller Welt.

Familien drama eines italienischen Offiziers. In Spezia erschoss der Hauptmann Bettolo, der Neffe des Admirals Bettolo, aus unbegründeter Eifersucht seine Frau, eine geborene Marauise Renedi, und einen Geislichen, den er für den Geliebten seiner Frau hielt. Nach Ausführung der Tat tötete sich der Hauptmann durch einen Revolveranschlag.

Feuertungslad. In dem Fabrikabstufwerk von Ludwig Loewe & Co. in Wittenau wurde am Montag nachmittags die Dampfheizung auf ihre Drucksicherheit untersucht. Als man den Druck auf etwa acht Atmosphären erhöhte, platzte die Leitung an einer Stelle, und der glühende Wasserdampf strömte in den Raum, in dem sich vier Monteure aufhielten. Einer derselben, dessen Name noch nicht festgestellt ist, erlitt so schwere Brandwunden, daß er fast auf der Stelle starb. Zwei weitere Monteure, namens Diepelt und Dammberg, wurden nach dem Paul-Gerhard-Stift gebracht, wo sie aber ihren schweren Wunden bereits erliegen sind. Der vierte dürfte vielleicht mit dem Leben davonkommen.

Feldpost. Gau-Gez. Bremer. Zeitung ist nunmehr bis 20. August d. J. bezogt.

Rußl. Stord. Zeitung ist mit 15. August d. J. bezogt.

### Telegramme.

Die deutsche Antwort vor dem Kongreß. Remort, 8. Mai. (B. V.) Junkspruch von dem Vertreter des Volksbundes.

Die deutsche Antwort ist frühzeitig angekommen, und wurde ebenso veröffentlicht. Der erste Teil, der früh vormittags eingetroffen war, machte einen entschieden unvortheilhaften Eindruck, welcher jedoch nach dem Eingang des vollständigen Textes hoffnungsvollere Erwartungen wach. Die Meinung über den Wert der deutschen Zugeständnisse ist geteilt; aber die Meinung wiegt über, daß die Zugeständnisse annehmbar seien.

Associated Press berichtet aus Washington: Wilson und das Kabinett haben die Antwort sorgfältig geprüft. Die erste Empfin-

dung, daß sie nicht zufriedenstellend sei, wurde durch den Inhalt der neuen Botschaft an die Unterseebootkommandanten etwas gewandelt, während man für die endgültige Entscheidung den nächsten Text abwartet. Einige Mitglieder des Kabinetts haben gemeint, daß die deutschen Zugeständnisse wahrscheinlich angenommen werden würden, außer, wenn der Befehl an die Unterseebootkommandanten verlegt und Amerikaner in Gefahr gebracht würden. Die Sitzung des Kabinetts dauerte 2 1/2 Stunden und die längste seit vielen Monaten.

Während der allgemeine Ton der Note einen unangenehmen Eindruck machte, stellten sich die amtlichen Kreise auf den Standpunkt, daß die Ausdrucksweise nichts zur Sache tue, wenn Bürgerkosten nur zuverlässig seien. Die Erklärung Deutschlands, daß neue Befehle an die Unterseebootkommandanten erlassen werden seien, „Ausfahrtschiffe, welche völkerrechtlich anwesend seien, nicht ohne Warnung anzugreifen, wurde als Hauptpunkt der Note angesehen. Deutschlands Weigerung, den Angriff auf den Dampfer „Susser“ offen zuzugeben, wurde neben der humanitären Erklärung als nebenächlich angesehen. Der Kongreß, die Note ruhig auf, seine Mitglieder äußerten sehr verschiedene Meinungen. Einige denken, die Antwort sei günstig; einige zweifel wegen der offensichtlich mit ihr verknüpften Bedingungen. Einige andere meinen, die Note habe die Verhandlungen im Ausnahmefall überhaupt nicht näher geführt.

Nach der Kabinettsitzung äußerte man im Staatsdepartement man werde keine eilige Aktion beginnen, denn angesichts der Lage der Note und der Notwendigkeit, sie sorgfältig durchzuarbeiten, es unannehmlich, das vor der nächsten Woche eine Entscheidung getroffen werde.

„Evening Post“ berichtet aus Washington, daß beistünden die Bedeutung der Antwortnote zwei gleich stark vertretene Meinungen. Wenn Wilson seinem eigenen Urteil folge, welches einiger Zeit dahin ging, daß ein Unterseeboot Menschenleben wirksam sichern könne, und wenn er seinem ersten Impuls folge, so werde der Abbruch der diplomatischen Beziehungen da sein. Wilson jedoch auf den Kongreß höre und die Reuekringen auf Lande abwarre, werde er ein so weites Auseinandergehen Standpunkte bemerken, daß es ihm zweifelhaft erscheinen möge, ob die öffentliche Meinung jenen Abbruch billigen werde.

8. Mai. (B. V.) Der Berichterstatter der „Allied Zeitung“ in Washington sendet Junksprüche, in denen es heißt: In den Kreisen des Kongresses enthält man sich noch in Zweifel. Aber die Empfindung herrscht vor, daß die Regierung nicht im Recht wäre, wenn sie jetzt zum Bruch schreiten. Senator Hughes sagte, er glaube nicht, daß ein Bruch bei der Antwort gerechtfertigt wäre. Der Hafen scheint nur zu sein, die Verhandlungen bedingungslos gegeben worden seien. Entschärfte der Note enthalten sogar eine Art Drohung. Die Berichte deuten an, daß die Note von der Regierung allein, ohne die Annahmen an die Kommandanten der deutschen U-Boote, verfaßt sei und daher für befriedigend gehalten werden, wenn sich nicht etwa neue Fälle ereignen. Der Ton der Note aufreißend, aber noch aufreißender scheint in der Note die Forderung und die Notwendigkeit eines Vorgehens gegen Entschärfte zu sein. Ob eine Antwort erfolgen wird, ist noch nicht entschieden. Das Kabinett hält die Note für unangenehm, aber sehr gut aufgesetzt. Die überwiegende Mehrheit stimmt darüber überein, daß ein Bruch unannehmlich ist. Von noch größerer Wichtigkeit ist die Erfüllung der amerikanischen Forderung, daß die erste amerikanische Erklärung angesehen, daß Deutschland bereit zum Frieden ist. Umfrage im Kongreß enthält die Furcht mancher Kreise, daß die Note amerikanische Sympathien zugunsten Deutschlands erwecken würde. Einige denken, die Antwort sei zu sehr antirussisch gehalten. Was die Amerikaner hauptsächlich stört, ist das Klagen der Note, gegen England vorzugehen. Die Veränderung des Verlangens ist zu offensichtlich und verursacht daher die Klänge, daß diese Zeitungen und führenden Männer gerade ein solches Vorgehen verlangen. Alles in allem ist der Eindruck gezeichnet.

### Das Standrecht in Irland.

London, 8. Mai. (B. V.) Amtlich wird gemeldet: Die weitere Aufrührer in Dublin sind erschossen worden. Es wurde zu acht, drei zu fünf, sechs zu drei und zwei zu zwei Jahren Kerker verurteilt. Zwei wurden freigesprochen.

### Sommerzeit in England.

Amsterdam, 8. Mai. (B. V.) Das Londoner Unterhaus hat mit 170 gegen 2 Stimmen den Antrag auf Einführung der Sommerzeit angenommen. Die englische Regierung demgemäß angeordnet, daß am 21. Mai 2 Uhr morgens Zeitumstellung um eine Stunde vorgerückt wird. Die Wiederherstellung der alten Zeitumstellung findet am 1. Oktober statt. Die Zeit von Greenwich bleibt für die wissenschaftliche Navigation und einige andere Zwecke in Geltung.

### Eisenbahn in Persien.

Petersburg, 8. Mai. (B. V.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Am Tabris ist die Eisenbahn Tabris-Schula feierlich eröffnet worden.

### Explosion.

Bern, 8. Mai. (B. V.) Dem „Nouveliste de Lyon“ folge ereignete sich in den pyrotechnischen Werkstätten Marine-Stahlwerke in St. Chamond eine Explosion, bei vier Personen verletzt wurden.

### Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend.

E. G. m. b. H. Bureau und Zentrallager: Göhenstrasse 17. — Telephon 490 u. 614

### Ein Waggon

Ia Angelschellfische das Pfund zu 50 Pfg.

kommt ab Dienstag in unseren Läden zum Verkauf